

Protokolleintrag vom 30.10.2013

2013/363

Erklärung der SVP-Fraktion vom 30.10.2013:

Ablehnung der Bewilligung für den Modulbau des Universitätsspitals

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Bausektion des Stadtrates gefährdet Menschenleben

Die rot/grüne Verhinderungspolitik in der Stadt Zürich schlägt erneut zu. Diesmal gefährdet die Bausektion des Zürcher Stadtrates das Universitätsspital (USZ) und damit die Gesundheitsversorgung der Zürcher Bevölkerung, weil sie die Bewilligung für einen dringend benötigten provisorischen Modulbau für das Universitätsspital im Park auf dessen Areal verweigert. Offensichtlich entschied sich die Bausektion lieber für den Schutz eines Parks als für die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen. Eine seltsame Güterabwägung!

Die Stadt Zürich gefährdet mit diesem Entscheid nicht nur das einwandfreie Funktionieren des Universitätsspitals, sondern die Interessen von tausenden von Patientinnen und Patienten, welche auf ein funktionierendes Universitätsspital dringend angewiesen sind. Der jetzt nötige langwierige Gang vor das Baurekursgericht ist ein Affront für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, welche die Zeche für diese juristische Wahnsinnstat der Bausektion des Stadtrates berappen müssen, aber auch ein Affront gegenüber kranken Menschen, welche auf das Universitätsspital angewiesen sind. Mit der Verhinderung wird dem Universitätsspital zudem eine effizientere Arbeitsweise verunmöglicht. Damit werden die Kosten im Gesundheitswesen unnötigerweise hochgetrieben. Dies nicht zuletzt auch zu Lasten der Prämienzahler in unserem Kanton.

Die SVP Gemeinderatsfraktion verurteilt das rücksichtslose Verhalten der Zürcher Stadtregierung. Offensichtlich sind den rot/grünen Stadträten ideologisch ausgelegte Bauvorschriften sowie Grünflächen und Blümchen des Spitalparks wichtiger als das Funktionieren des wichtigsten Spitals im Kanton Zürich. Die Wählerinnen und Wähler haben die Möglichkeit, dieser rot/grünen Verweigerungshaltung an den kommenden Stadt- und Gemeinderatswahlen eine klare Absage zu erteilen.